

Ärzte Zeitung, 05.10.2007

---

## Einig im Protest, nicht in der Perspektive

### Die Unzufriedenheit vieler Niedergelassener sucht ein Ventil - Tempo und Umstände eines GKV-Ausstiegs sind strittig

HAMBURG. Schlechte Zeiten für gute Medizin? Das Fragezeichen hinter dem Motto einer Veranstaltung im Hamburger Ärztehaus war nach Meinung der meisten Besucher überflüssig. Wie man bessere Zeiten schafft, darüber gingen die Meinungen auseinander.

Von Dirk Schnack

Ein Mann um die 60 mit grauem Haar und akkurater Kleidung wartet geduldig, bis der Moderator ihm das Wort erteilt. Wie ein Revoluzzer sieht er nicht aus, aber er redet wie einer. "Wir müssen das System durch unseren Ausstieg platt machen", fordert der Arzt seine Kollegen auf.

Die Unzufriedenheit mit einem System, in dem der Arzt seit etwa 30 Jahren als Niedergelassener gearbeitet hat, ist bei ihm genauso spürbar wie bei seinen 200 Kollegen, die trotz des Feiertags und herrlichen Wetters den schlichten Saal im Hamburger Ärztehaus einem Ausflug an die Binnenalster vorgezogen haben.

Der Mann ist nicht der einzige, der Aktionismus einfordert. Ein anderer regt Informationsmaterial für die Praxen an, mit denen die Patienten über die Perspektiven im deutschen Gesundheitswesen aufgeklärt werden, ein weiterer fordert Unterschriftenlisten. Die Forderung nach einer eigenen Vertragsgemeinschaft und nach einer eigenen Partei wird gestellt. Die Vorgänge im Gesundheitswesen erinnern einen Arzt an "postdemokratische Kontrolldiktaturen". Ein Kollege fasst zusammen, was wohl viele im Saal denken: "Weil wir so moderat waren, stehen wir da, wo wir heute sind."

Und dieser Standort gefällt niemandem. Denn er bedeutet, das haben die Redner auf Podium zuvor klar gemacht, den Weg in die Staatsmedizin. Wie man sich aber dagegen wehren soll, darüber gehen die Meinungen auch unter den Unzufriedenen auseinander. Die ganze Vielfalt der Protestler war an diesem Tag im Saal und auf dem Podium abgebildet.

Zum Beispiel durch die niedergelassene Allgemeinärztin Dr. Silke Lüder aus Hamburg, die sich mit hohem persönlichen Einsatz gegen die elektronische Gesundheitskarte und DMP engagiert. "Ärzte als Anhängsel von Callcentern", während Großkonzerne das Gesundheitswesen zu einem nur für sie profitablen Geschäftsfeld ausbauen - diese Perspektive treibt die Hausärztin zum Protest. Oder der HNO-Arzt Dr. Dirk Heinrich, der das Aktionskomitee Hamburger Ärzte ins Leben gerufen hat und vehement gegen die Gesundheitspolitik von Ulla Schmidt eintritt. Er sieht die Gefahr einer "Proletarisierung der Ärzteschaft", die als Lohnabhängige nur noch Weisungen von oben umsetzen sollen. Zugleich setzt Heinrich aber auf die KV als Interessenvertretung.

Im Gegensatz dazu sieht Dr. Klaus Bittmann KVen und KBV kaum noch als geeignet an, die Interessen der Ärzte wirksam zu vertreten. Der Vorsitzende des NAV Virchowbundes und der Ärztegenossenschaften hält den Systemausstieg für nötig und möglich - aber nur, wenn dieser sorgsam vorbereitet wird und nicht sofort passiert.

Das wiederum strebt Martin Grauduszus an. Der Präsident der Freien Ärzteschaft will nicht auf jeden Bremser Rücksicht nehmen. Bittmanns Einwand, dass viele Ärzte zu hohe Schulden und damit Existenzängste hätten, entgegnet Grauduszus: "Gerade diese Kollegen brauchen eine neue Perspektive." Und die soll der Systemausstieg bieten.

Dr. Svante Gehring, der im Norden die UnderDocs ins Leben gerufen hat, setzt auf die Kraft der Basis. Vertrauen in die Körperschaften hat er nicht. Die gesetzlich beeinflusste Vertragspolitik etwa für Hausarztverträge betrachtet er als Bindungen für die teilnehmenden Ärzte.

Dr. Rainer Woltmann schließlich, Chef der Ärztegenossenschaft Nordwest, sprach von "hündisch unterwürfigen KV-Führungen", die wegen Sicherung des eigenen Einkommens "jeden ministeriellen

Wink" ausführen. Er fasste zusammen, was vermutlich viele Zuhörer im Saal dachten: Er sieht eine Perspektive für die niedergelassenen Ärzte, wenn sie von der Selbstverwaltung zur Selbstorganisation übergehen.

### FAZIT

Die Unzufriedenheit der niedergelassenen Ärzte über ihre Arbeitsbedingungen wächst. Verantwortlich machen sie in erster Linie die Gesundheitspolitiker, die viele als Bedrohung ihrer Freiberuflichkeit auffassen. Zugleich sind viele Ärzte aber enttäuscht von der Interessenvertretung durch KBV und KVen. Der Systemausstieg wird zunehmend als Ausweg betrachtet - gestritten wird inzwischen weniger über das Ob, als über den richtigen Zeitpunkt. (di)

---

[▲ zum Seitenanfang](#)

Copyright © 1997-2007 by Ärzte Zeitung

---